



Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **junge Positionen** zur Netzwerktagung 2013

Die Gestaltung des demographischen Wandels in unserem Land ist eine große gesellschaftliche und damit auch politische Daueraufgabe. Die Frage der Generationengerechtigkeit ist dabei eine zentrale Frage.

Das Miteinander der Generationen muss langfristig durch schonenden Umgang mit unseren ökologischen und finanziellen Ressourcen, durch Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, gesichert werden. Dazu gehören ein moderner Arbeitsmarkt und anpassungsfähige soziale Sicherungssysteme, aber auch, dass die Erfüllung des Kinderwunschs nicht zu wirtschaftlichen Unwuchten innerhalb einer Generation führt. Kinder sind unsere Zukunft, Kinder gehen alle an.

Die Alterung der Gesellschaft bietet Chancen, die es zu nutzen gilt. Die Lasten des demographischen Wandels müssen zwischen den Generationen und im Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft gerecht verteilt werden.

Folgende Punkte sollen aus unserer Sicht in die Politik der Unionsparteien in der kommenden Bundestagswahlperiode Eingang finden:

Marco Wanderwitz MdB
Vorsitzender der
Jungen Gruppe

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73588
F 030. 227-50026

marco.wanderwitz
@bundestag.de
www.junge-gruppe.de

1. von der Schuldenbremse zur Schuldentilgung

Seit 2011 gelten die im Rahmen der Föderalismusreform II vereinbarten Neuregelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme von Bund und Ländern, die sogenannte Schuldenbremse. Das war eine der großen politischen Leistungen der unionsgeführten Großen Koalition der vergangenen Legislaturperiode.

Mit dem Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 erreichen wir nun vor der grundgesetzlich vorgeschriebenen Zeit, 2016, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt - innerhalb einer Legislaturperiode. Das ist eine der großen Leistungen der christlich-liberalen Koalition.

Wir müssen in den nächsten Jahren die erfolgreiche wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen. Dabei gilt es, weiterhin die richtigen Ausgabenschwerpunkte, die wir in dieser Legislatur gesetzt haben, in den Bereichen Familie und bei den Infrastrukturinvestitionen beizubehalten.

Ab 2015 steht dann Altschuldentilgung an. Wir dürfen nicht innehalten; der ausgeglichene Haushalt ist nur eine Zwischenstufe. Die alten Schulden müssen getilgt werden, nicht zuletzt, um das erhebliche Haushaltsrisiko der Zinsentwicklung zu mindern.

2. Vorfahrt für Bildung, Forschung und Innovation

Stabile Investitionen in Bildung und Forschung sind die Basis unserer heutigen und künftigen Wettbewerbsfähigkeit als attraktiver Innovations-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Die jüngeren und künftigen Generationen werden die Herausforderungen insbesondere des demografischen Wandels zu schultern haben. Daher wollen wir Kindern und Jugendlichen die besten Bildungschancen von den ersten Lebensjahren an bieten. Wir brauchen jede und jeden und wollen ihre Talente als Fachkräfte von morgen ganz individuell entwickeln.

Die Bildungs- und Innovationsförderung soll weiter ausgebaut werden. Für die kommende Wahlperiode wollen wir uns ein neues, ehrgeiziges Ziel setzen und einen Anteil

von 3,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt für Forschung und Entwicklung anstreben. Für die Förderung von der frühkindlichen Bildung über die berufliche Bildung bis hin zu Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen wollen wir von 2013 bis 2017 18 Milliarden Euro für Zukunftsaufgaben bereitstellen.

Deutschland ist das Land der Ideen und Innovationen. Wir wollen, dass aus diesen Ideen Produkte und Dienstleistungen und somit Arbeitsplätze werden. Deshalb wollen wir innovative Gründer noch besser dabei unterstützen ihre Startups zu tragfähigen Geschäftsmodellen zu formen. Durch unbürokratische Hilfen in der Gründungsphase, durch Entlastung von Bürokratie und Abgaben, durch leichtere Einstellungsmöglichkeiten von ausländischen Fachkräften sowie durch schnellere Finanzierungsmöglichkeiten in der Gründungs- und vor allem in der Wachstumsphase.

Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche: unseren Alltag, unser Arbeitsleben sowie Geschäftsmodelle und Arbeitsprozesse, auch in traditionellen Branchen. Um die enormen Potenziale und Chancen der Digitalisierung optimal zu nutzen, muss das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet zügig erreicht und die Breitbandstrategie konsequent umgesetzt werden.

3. Vereinfachung des Steuersystems

Unserem Steuersystem mangelt es nicht an Einnahmen, sondern an Verständlichkeit und Transparenz - und damit an zwei wichtigen Gerechtigkeitsprinzipien. Wir sind gegen Steuererhöhungen, denn wir wollen alle diejenigen, die ihre Steuern zahlen, nicht noch höher belasten. Wir sind aber auch derzeit gegen explizite Steuersenkungen, da wir haushaltspolitisch vor gewaltigen Aufgaben, wie z.B. der genannten Altschuldentilgung, stehen.

Wir wollen eine systemgerechte Weiterentwicklung der Werbungskostenpauschale zu einer Vereinfachungspauschale in Höhe von zunächst 2.000 Euro jährlich pro Person mit dem Ziel, die Abgabe der Einkommensteuererklärung zu vereinfachen bzw. für viele Steuerpflichtige gegenstandslos zu machen. Nur bei höheren Belastungen müsste dann noch ein Nachweis erbracht werden, um sie steuerlich geltend machen zu können.

Im Einkommensteuerrecht wollen wir zudem einen automatischen Inflationsausgleich verankern. Zu diesem Zweck wird der Einkommenssteuertarif um einen Inflationsfaktor ergänzt, um „heimliche“ Steuererhöhungen von vornherein auszuschließen. Die sogenannte „kalte Progression“ wird dadurch ebenso vermieden, wie der immer wiederkehrende politische Streit bei Einzelaktionen zur Anpassung der Steuertarifverläufe in diesem Sinne.

4. Demographiefestigkeit bei Gesundheit und Pflege

Deutschland verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, eines der besten der Welt. Die demographische Entwicklung wird die Einnahme- und Ausgabenentwicklung des Gesundheitssystems und der Pflege spürbar beeinflussen, vor allem wenn sich etwa ab 2025 die "Baby-Boomer" mehrheitlich Ruhestand befinden. Der enorme medizinisch-technische Fortschritt und der zunehmende Bedarf an Gesundheitsleistungen bei immer mehr immer älterer Menschen sind eine große Herausforderung. Kranke und pflegebedürftige Menschen müssen auch in Zukunft ihre Gesundheitsversorgung und Pflegeleistungen auf hohem Niveau zu einem bezahlbaren Preis erhalten. Unser Ziel ist, dass die Menschen auch künftig durch die sozialen Sicherungssysteme selbständig, selbstbestimmt und würdevoll leben können.

Wir halten darum daran fest, dass neben das bestehende Umlageverfahren verpflichtend eine zweite Säule in Kapitaldeckung treten muss, die Belastungen so gleichmäßiger innerhalb der derzeitigen und zwischen diesen und künftigen Generationen verteilt werden.